

Ökonomie schlägt Ökologie?

Blockadepolitik des Großkapitals - Von Hans-Peter Brenner

Es kommt, wie zu erwarten war. Kaum hat die Finanzkrise alle anderen Themen medial überrollt, zeigt sich wes Geistes Kind viele in den Partei-, Konzern- und Regierungs-Spitzenetagen sind, die bis vor kurzem noch das Wort "Klimawandel" gar nicht groß und fett genug schreiben konnten. Es ist fast gespenstisch, in welch rasantem Tempo sich "der Wind" in Sachen Klimapolitik dreht und wie massiv Finanz- und Industrieinteressen die Klima-Thematik beiseite schieben.

Dabei hat es inmitten des Trubels um Immobilienfonds, Bankenkrach und Aktienkurse weitere Warnungen ernstzunehmender Klimaforscher gegeben, die den Menschen eigentlich einen noch größeren Schock verursachen müssten als der Kollaps von Lehman Brothers und Konsorten.

Beschleunigter Klimawandel

Fakt ist: der Klimawandel verläuft schneller als erwartet! Und dabei geht es nicht nur um das Wegschmelzen der Polkappen im arktischen Sommer, um bedrohte Polartiere wie Eisbären, Robben, Walrösser und deren Lebensraum.

Dies teilte die US-Klimabehörde NOAA Anfang Oktober in ihrem jährlichen Arktis-Bericht mit. Das Jahr 2007 ist das wärmste in der Arktis seit Beginn der Aufzeichnungen. Im Moment ist es um 5 Grad wärmer als gewöhnlich. Der seit Mitte der 1960er Jahre gemessene Anstieg der Temperaturen am Nordpol setzt sich fort. Die Eisfläche wird kleiner. Dadurch ergibt sich ein Dominoeffekt: Der Eisverlust führt zu größerer Sonneneinstrahlung und damit Erwärmung des Ozeanwassers. Die wärmere Luft und das wärmere Wasser wiederum schädigen den Lebensraum von Tieren und Pflanzen. Außerdem schrumpft auch die Fläche und Dicke des winterliches Eises.

Führende deutsche Klimaforscher erklärten nur wenige Tage später auf einer Konferenz des industrienahen Kieler Instituts für Weltwirtschaft, man müsse sich deshalb auf einen Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter noch in diesem Jahrhundert einstellen. Und der Klimaforscher Prof. Hans Joachim Schellnhuber, Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung - PIK und Mitglied des UNO-Klimarates IPCC, bezeichnete die Lage bei einem gemeinsamen Auftritt mit Umweltminister S. Gabriel vor der Bundespressekonferenz als "dramatisch."

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hatte neue internationale Berichte ausgewertet. Diese Statistiken und auch Beobachtungen zeigen, dass der Klimawandel inzwischen bedeutend rascher voranschreitet, als noch vor kurzem befürchtet wurde. Beispielsweise nimmt der Anstieg der Meeresspiegel derzeit schneller zu, als bislang vorhergesagt wurde. Dringend eingehalten werden

müssten die Ziele der großen Industrieländer, die schädlichen Treibhausgase bis 2050 zu halbieren und bis Ende des Jahrhunderts aus der CO₂-Produktion komplett auszusteigen.

Schellnhuber wiederholte noch einmal, dass das Ziel, die Erderwärmung bis 2100 auf "beherrschbare" zwei Grad Celsius zu begrenzen, nur dann noch erreichbar sei. Er beschwor geradezu, dass bis zum Ende des Jahrhunderts mit einem Meeresspiegelanstieg von einem Meter zu rechnen ist. Hauptgrund sei ein beschleunigtes Abschmelzen der Himalaya-Gletscher und des Grönland-Eisschildes. Ähnlich äußerten sich der Meteorologe Prof. Joachim Marotzke (Hamburg) und der Klimaökonom Prof. Gernot Klepper, Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg.

Beschleunigter CO₂-Ausstoß

Trotz aller Mahnungen, und Versprechungen hat sich der Ausstoß von Kohlendioxid, dem Hauptverursacher für den weltweit beschleunigten Temperaturanstieg und damit für den Anstieg des Meeresspiegels, nicht nur nicht verringert, er hat sich erneut beschleunigt - und zwar rasanter als die bisherigen Daten und Prognosen der internationalen Klimaforschung vermuteten. Dies belegt eine neue Studie des "Global Carbon Projects" - GCP. Deren Mitarbeiter zählen zur "Creme de la Creme" der internationalen Klimaforscher. Wie die "Frankfurter Rundschau" am 27./28. September meldete, belegen die neuen Daten, dass sich die Kurve der CO₂-Emissionen nicht abflacht oder wenigstens stagniert, sondern steil nach oben geht. Zwischen 2000 und 2007 ist der CO₂-Ausstoß vier mal so schnell angestiegen wie im vorangegangenen Jahrzehnt. Sie ist auf einem historischen Gipfelpunkt angelangt. Dies geht einher mit einem weiteren alarmierenden Ereignis. Die GCP-Studie belegt nämlich gleichzeitig, dass die Fähigkeit zur Absorption des schädlichen Umweltgases weiter abgenommen hat. Gegenwärtig werden etwa 54 Prozent des CO₂-Ausstoßes von Wäldern und Ozeanen gespeichert. Deren Speichereffektivität ist in den letzten 50 Jahren u. a. durch das Abholzen großer Waldbestände um fünf Prozent gesunken. Sie wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verringern, weil die Neuanpflanzungen mit dem CO₂-Anstieg nicht Schritt halten können.

Warnungen in den Wind geredet?

"Es darf nichts mehr schief gehen", hatte Prof. Schellnhuber auf seiner Pressekonferenz angesichts der Hürden bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen gewarnt, die Ende 2009 in Kopenhagen in eine entscheidende Runde gehen. In den nächsten 10 bis 15 Jahren müsse "die Wende" erreicht werden. Doch alles spricht für das Gegenteil.

Angesichts der katastrophalen neuen Daten forderte auch Bundesumweltminister S. Gabriel im Vorfeld des Treffens der EU-Umweltminister "mehr Tempo" im Kampf gegen den Klimawandel. "Wer sozusagen bis zu drei Billionen Dollar weltweit in den Casinos verjubelt, der soll uns bitte jetzt nicht die Empfehlung geben, wir sollten es an den rund 100 Milliarden Dollar, die wir pro Jahr für den internationalen Klimaschutz brauchen, mangeln lassen", erklärte er vor der Bundespressekonferenz.

Doch wirklich "neu" war das nicht alles.

Vieles wurde schon x-mal in den letzten Monaten verkündet. Außerdem gelten diese Prognosen und Daten in Kommentatoren- und Expertenkreisen und die PIK-Ergebnisse einerseits als sehr "konservativ" und andererseits als noch zu optimistisch. (Vgl. UZ vom 3. 10. 08)

Aber vielleicht haben sich diese Warnungen auch schon so oft wiederholt, dass viele Menschen einfach nur noch abschalten. Dabei sind allein die neuesten Meldungen über das Wegschmelzen des Polareises gut geeignet ein inneres Frösteln zu verursachen.

Doch noch schlimmer ist, dass die praktischen Effekte einer gezielten Eindämmung und Vorbeugung des künstlich forcierten Klimawandels ausbleiben.

In Wirklichkeit geschieht etwas ganz anderes als eine aktive Klimapolitik.

Das deutsche Monopolkapital gegen aktive Klima-Politik

Das deutsche und internationale Groß- und Monopolkapital nutzt die Krise der Finanzwirtschaft und mobilisiert massiv zum Widerstand gegen die bescheidenen Ansätze einer EU-Klimapolitik. Dies belegt der Verlauf des Treffens der Bundeskanzlerin mit den Vorstandsvorsitzenden von 20 deutschen DAX-Unternehmen zur Beratung der Details des 500-Milliarden-Euro-Pakets zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Dabei wurde auch über die Klimapolitik diskutiert.

RWE-Chef Jürgen Großmann erklärte anschließend dazu:

"Die Weltwirtschaft und wir in Deutschland - um es mit dem Bild eines Schiffes zu vergleichen - haben in den vergangenen Wochen harte Schläge abbekommen. Das Schiff ist Leck geschlagen. Hier hat die Bundesregierung mutig gehandelt und verhindert, dass wir gesunken sind. ... Wir dürfen das Feld nicht den ´Rattenfängern´ überlassen, die die soziale Marktwirtschaft in Misskredit bringen wollen. Wir bekennen uns zu unserem Wirtschaftssystem, auch wenn von Spielern im Finanzmarkt schwere Fehler gemacht wurden."

Zu den "schweren Fehlern" gehört nach Ansicht des RWE Bosses, dass die EU - wenngleich auch nur verbal und halbherzig - etwas gegen die Klima-Katastrophe unternehmen will. "Ich kann nur davor warnen, dass die EU Deutschland bei dem jetzt diskutierten Emissionshandelsregime Sonderlasten aufbürdet, die andere Länder nicht haben. Die umweltpolitisch gewünschte Vorreiterrolle Deutschlands muss im Einklang stehen mit dem Erhalt unserer Industrie. Hier ziehen alle Branchen mit der Energiewirtschaft an einem Strang."

Und dazu gehöre natürlich, den beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen. ("WELT" vom 16. 10. 08)

Besonders klimafeindliche Energiekonzerne

"Industrie verlangt Widerstand gegen Klimaauflagen der EU" lautete

eine andere "Welt" - Schlagzeile am selben Tag. Genauer gesagt handelt es sich dabei um die Energie-Konzerne als Speerspitze der Blockierer.

Die EU-Kommission und die Bundesregierung täten so, als könnten sie in der Klima- und Energiepolitik so weiter machen wie bisher, erklärte die stellvertretende Vorsitzende des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft - VIK, I. Pawlik. Im VIK sind die Branchen der großen Stromverbraucher wie Aluminium, Stahl oder Chemie vertreten.

In der jetzigen "prekären" Situation "gefährdeten" einige Klimapolitiker die industrielle Basis Europas. "Die Kanzlerin sollte einen Schirm aufspannen - gegen eine Klimapolitik mit der Brechstange", forderte der VIK. Seine Kritik richtet sich in erster Linie gegen die EU-Pläne zum Handel mit Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten. Bisher wird der größte Teil der nötigen Rechte noch gratis abgegeben.

Ab 2013 sollen diese Rechte jedoch in zunehmendem Maße und bis 2020 völlig ersteigert werden. Zwischen 2013 und 2020 wird dies nach Berechnungen des Verbandes Kosten von 122 Mrd. Euro bedeuten. (Vergl. "WELT" vom 16. 10. 08)

Da die Energie-Versorger die Kosten an die Kunden weitergäben, würden die Strompreise um rund 50 Prozent steigen. Nach dem Beschluss der EU-Kommission sollen die Energie-Versorger ihre CO₂-Rechte bereits 2013 komplett ersteigern müssen. Dies betrifft besonders Länder wie die BRD, die stark auf Stein- oder Braunkohle setzen, bei deren Verbrennung große Mengen von Treibhausgasen entstehen.

Damit, so beklagen die deutschen Energie-Monopole, geriete Frankreich, das im großen Stil mit Strom aus Kernkraft handelt in einen "unzulässigen Wettbewerbsvorteil".

Was der VIK und andere Industrievertreter verschweigen, ist die Tatsache, dass im Gefolge einer aktiven Klimapolitik bis zum Jahre 2020 Investitionen in Höhe von 340 Mrd. Euro vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) und des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ) erwartet werden. "Der Klimaschutz hat das Zeug zum Jobmotor in der deutschen Bauwirtschaft zu werden," erklärte der HDB-Vizepräsident H. Echterhoff bei der Präsentation einer entsprechenden Studie hoffnungsfroh. Jährlich könnten mehr als 220.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden, davon allein 120.000 im Baugewerbe. Die Hälfte dieser Investitionen entfallen allein auf den Bereich Wohnungssanierungen. (Vgl. "Welt" vom 15. 10. 08)

Unglaublich: "gemeinsame Erklärung" von BDI und DGB

Vor diesem Hintergrund ist es umso peinlicher, dass es einen Partner in der Anti-Klima-Koalition gibt, über den Gewerkschafter und Linke eigentlich nur den Kopf schütteln können: den DGB. Zur Liste der vom DGB und den Kapitalisten-Bossen gemeinsam (!) verabschiedeten und deshalb für einen Gewerkschafter besonders peinlichen und schmerzhaften Grundsatzklärungen der letzten Jahre (z. B. zur Gesundheitsreform von August 2003 und 2006) kommt sei dem

2. September 2008 eine neues Dokument hinzu. Es nennt sich "Gemeinsame Erklärung" von BDI und DGB: Europäischer Emissionshandel für Klimaschutz, Standortsicherheit, Arbeitsplätze!"

Beide Organisationen unterstützen eine "harte Linie" gegenüber der Europäischen Kommission, die ihnen ganz offenbar in ihrer Klimapolitik zu "progressiv" geworden ist. Sie machen dies fest an den Festlegungen der Brüsseler Behörden zu diesem "Emissionshandel". In der "Erklärung" heißen die Kernsätze: "BDI und DGB fordern: Die Belastungen des Produzierenden Gewerbes durch den Emissionshandel dürfen nicht die Existenz der Unternehmen und Arbeitsplätze der Beschäftigten gefährden. Energieintensiven Betrieben droht der Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit."

Man fragt sich ob die Spitze des DGB von allen guten Geistern verlassen ist, wenn man liest: "Die Ausgestaltung des Emissionshandels in der EU muss sowohl einer klima- als auch einer wohlbegründeten industriepolitischen Strategie folgen. Letzteres vermissen BDI und DGB. Dabei wäre eine industriepolitische Beurteilung der Auswirkungen des europäischen Emissionshandels für Deutschland besonders wichtig. In Deutschland ist die energieintensive Industrie dichter als irgendwo sonst in der EU. Weder in einem vergleichbaren EU-Land noch in den USA oder Japan ist der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung oder an der Zahl der Beschäftigten so hoch wie hier."

Die Stärkung des "erfolgreichen Industriestandortes Deutschland" - egal, ob das Weltklima in einigen Jahrzehnten davon überhaupt noch etwas Lebenswertes übrig lässt!?

Das kann und darf nicht das letzte Wort der Umwelt- und Klimapolitik des DGB bleiben!

Dr. Hans-Peter Brenner ist Leiter der Klima- und Umweltkommission des DKP-Parteivorstandes

 [zurück](#)

[Artikel versenden](#)